

Werkstätten zu
wurde das ge-
außerdem für
Ginkommen
in den Verkehr
Guldenstücke.
ereignete sich
die dort täglich
in der Nähe des
Fünf Personen
ben.

Juli 1921.

50 Pf.
50 Pf.
40-50 Pf.
20-30 Pf.
2,30 Mk.
1,20 Mk.
3,- Mk.
2-2,50 Mk.
2,-6 Mk.
2,50 Mk.
1,80-2,- Mk.
1,50-2 Mk.
1,- Mk.
5,50 Mk.
1,- Mk.
1,50 Mk.
7,- Mk.
11-11,50 Mk.
1,40 Mk.

Rathm. 1/3 Uhr
Satz in Minuten

et

unhof

tag.

films III

nen
film

Mut“

am 1,9 Uhr.

ich Auf“
Solidarität“

5 Uhr

nfahrt

be mitzunehmen,
ien und -Geno-
schaft, damit diese
ausfällt. D. B.

eißen

sich

empnermstr.

u. billig Buch-
fanz & Eule.

Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Bencha, Borsdorf, Elcha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinau, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Stauditz, Threna u. a.)
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Gefügsatz wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr
für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 3,-, halbjährlich Mk. 9,-.
ohne Ausdrucken. Post einzigt. Der Postgebühren Mk. 9,75. Im Falle höherer
Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezieher
keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bernau: Amt Naunhof Nr. 2.



Angelpreise: Die 6gepolte Korpuszelle 70 Pf., auswärts 80 Pf. Ein-
licher Zoll Mk. 1,50. Reklamezelle Mk. 1,50. Beilagegeblätter pro Hundert Mk. 2,-.
Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erteilungstages,
größere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen.
Bestellungen werden von den Ausdruckern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Druck und Verlag: Güntz & Eule, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 84

Sonntag, den 17. Juli 1921

32. Jahrgang

Amtliches.

In der gestrigen 13. diesjährigen Sitzung des Stadtgemeinderates ist folgendes beraten und beschlossen worden.

1. Das Gesuch des Herrn Raumkonservatorverwalters Adolf Arnold um Veränderung eines Gebäudeflügels in seinem Grundstück wurde befürwortet. Das Gesuch wegen Errichtung eines Pfeilerbauschens auf der Bobergasse wurde dem Bauausschuss zu einer Besichtigung an Ort und Stelle überwiesen. Das Baugesuch der Firma Wagner & Söhne — Errichtung eines Doppelhauses an der Wiesenstraße — wurde bedingungsweise befürwortet. Der Stadtgemeinderat ist der Ansicht, daß der Bau wegen verschiedener Ausnahmevermögens unter das Ortsgebot über die Kleinwohnungsbauten fällt. Er trägt auch keine Bedenken, daß der Bau unter Anteilnahme der Stadt aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge unterstützt wird.

2. Von der Verpachtung der Kepfels- und Pfauenmeinhungen wurde Kenntnis genommen und der Zuschlag unter den behanntegebenen Bedingungen an die Pächter erteilt.

3. Gegen die neuaufgestellte Grundlohnloge und Regelung der Gehalts für den hiesigen Schornsteinsegerbezirk hat der Stadtgemeinderat nichts einzubringen.

4. Der Stadtgemeinderat stimmt den für die Belebung von Grundstücken durch die hiesige Sparkasse aufgestellten Grundzügen zu.

5. Den vom Marktausschuß vorgeschlagenen Bedingungen über Verleihung der Jahrmarktbuden tritt der Stadtgemeinderat allenfalls bei.

6. Ein Bericht des Herrn Amtsgericht Schäfer in Leipzig über die Zustände der hiesigen Ortsbefestigung wurde wörtlich vorgetragen und die Angelegenheit ausführlich besprochen. Die von Herrn Amtsgericht Schäfer geforderten Umlegungs- und Ausbaumaßnahmen werden der Firma C. Lauterbach in Leipzig im Stundenlohn übertragen.

Hierauf schloßliche Sitzung.

Naunhof, am 15. Juli 1921. Der Stadtgemeinderat.

Volksschule zu Naunhof.

Montag, den 18. Juli, nachm. 5-7 Uhr sollen die Kinder des 1. Schuljahrs (Al. 8) und Dienstag, den 19. Juli, nachm. 5-7 Uhr die Mädchen des 1. Schuljahrs (Al. 8) im Lehrerzimmer und Zimmer Nr. 4 des neuen Schulgebäudes durch den Schularzt, Herrn Dr. Sperling, untersucht werden. Die Eltern werden gebeten, mit anwesend zu sein.

Naunhof, den 16. Juli 1921. Die Schulleitung.

Montag, den 18. Juli 1921. Vorm. 10 Uhr soll im Gasthaus „Stadt Leipzig“ in Naunhof als Versiegelungsort

1. Damenmantel — Mützen — gegen Barzahlung maßbläsend versteigert werden.

Grimma, den 15. Juli 1921. Q 382/21.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Schlußdienst.

Drahtnachrichten vom 18. Juli

Ost- und westpreußische Fragen.

Berlin. Der preußische Finanzminister Dr. Sämisch bestätigt, Ende kommender Woche West- und Ostpreußen zu besuchen, um in verschiedenen Städten mit den Behörden die Finanzlage der Kommunen zu besprechen und sich über sonstige Ostfragen zu unterrichten.

Rosenthal will nach Paris fahren.

Bremen. Rosenthal soll in den nächsten Tagen nach Paris reisen. Die Reise soll im Zusammenhang mit der Entscheidung des Obersten Rates über Oberschlesien stehen. — Das Hauptquartier der englischen Truppenleitung wird in den nächsten Tagen von Groß-Strehlitz nach Beuthen verlegt.

Ein Fortschritt der deutschen Technik.

Bremen. Auf dem Werftplatz der Eisenbeton-Schiffsbau AG in Bremen lief ein für die Hamburg-Amerika-Linie gebauter Eisenbeton-Seeschleicher glücklich vom Stapel. Mit 1200 Tonnen Tragfähigkeit ist er das bisher größte Eisenbeton-Schiff Deutschlands.

Bremens Defizit.

Bremen. Der bremische Haushaltplan für das Rechnungsjahr 1921 ergibt einen Fehlbetrag von 112 472 500 R., der aus dem außerordentlichen Haushalt zu decken ist.

Zwei Abstimmungskonferenzen?

Paris. „Chicago Tribune“ meldet aus Ottawa im Zusammenhang mit der Abstimmungskonferenz, daß eine erste Konferenz abgedeckt werden soll, an der die Vereinigten Staaten, Japan, England, Kanada, Australien und Neu-Seeland, und eine zweite Konferenz, an der alle Mächte teilnehmen sollen. Die Regierung in Washington hält, wie verlautet, an ihrem Standpunkt fest, daß die Aufgaben der Konferenz besser gelöst werden können, wenn die gesamten Verhandlungen in Washington stattfinden.

Großbritanniens Kriegs-

London. Einer Mitteilung des Kriegsministeriums zufolge ist die Stärke der territorialen Armee gegenüber der Zeit vor dem Kriege um 40 Infanteriebataillone verminder worden und beträgt jetzt 180 Bataillone mit einer Gesamtstärke von 4704 Offizieren und 114 240 Mann. Die Küstenverteidigung ist mit 100 Bataillonen die verminderte Gefahr einer Invasion völlig den tönlichen Garde-, Artillerie- und Pioniertruppen übertragen worden. Diese Maßnahmen erbringen eine Ersparnis von 39 Millionen Pfund Sterling pro Jahr.

Das ungarische Kabinett erschüttert.

Budapest. Die Stellung des Kabinettes gilt als gefährdet. Stephan Friedl, der nach seiner Rehabilitierung im Tschauder entschlossen ist, wieder in das politische Leben einzutreten, hat in der Nationalversammlung einen überaus schweren Angriff gegen die Regierung und indirekt gegen den Reichsverweser Horthy unternommen.

Gerechtigkeit!

Es ist ein vielseitiges Sinnbild, daß die Göttin der Gerechtigkeit stets mit einer Binde vor den Augen dargestellt wird. Das bedeutet, daß jeder Urteilstschlag ohne Ansehen der Partei gesäßt werden soll, und daß Gesetz und Strafe immer im gleichen Verbündnis zur Schuld stehen sollen. Dieser idealen Vorstellung von Recht und Gerechtigkeit entspricht jedoch die rauhe Wirklichkeit nicht immer. Hier können wir mit Stolz feststellen, daß innerhalb eines geordneten Staateswesens, wie es das Deutsche Reich ist, der Justizpflege nicht der Vorwurf der Parteilichkeit gemacht werden kann, so viel auch von manchen Kritikern bei bestehenden Staatsordnungen über angebliche Klassenjustiz gesprochen wird. Das Bild verschließt sich jedoch sofort, wenn man in die Welt der internationalen Politik hinaustritt. Hier hat man verlust, auch für das Verhalten der Völker untereinander Gesetze aufzustellen. Bis jetzt hat man aber immer die Erfahrung machen müssen, daß solche Gesetze nur solange eingehalten werden, als sie den Mächten, die sich ihnen unterwerfen lassen, nicht irgendwie unbequem werden. Noch niemals ist es gelungen, eine Autorität aufzurichten, die über den Staaten steht und die den Völkerstrenissen zum Gehorsam zwingen könnte, so wie es der Staat seinem einzelnen Bürger gegenüber vermag. Wenn es das Zeichen jeder Kulturnation ist, daß bei ihr barbarische Grundsätze „Gewalt geht vor Recht“ keine Geltung hat, sondern daß der Staat als der höchste Hüter von Recht und Gesetz dafür sorgt, daß jeder gewaltlose Verstoß gegen die Grundläufe der Gerechtigkeit entweder verhindert wird oder doch rasch seine Sühne findet, so kann man das Gleiche nicht von der großen Völkerfamilie im ganzen behaupten. Dort ist noch immer der Starke im Recht geblieben, zum mindesten für den Augenblick.

Das deutsche Volk hat für diese bitteren Wahrheiten in den letzten Jahren am eigenen Leibe die schmerzlichsten Beweise erleben müssen. Es soll dabei ganz davon geschwiegeln werden, daß gewisse politische Entscheidungen, wie sie über Gebiete mit deutscher Bevölkerung getroffen worden sind, oder sich noch in der Vorbereitung befinden, sowie manche anderen Gewaltakte, die von der zwangsläufigen Übermacht der Gegner gegen uns verübt wurden, keine Grundlage des Rechtes für sich in Anspruch nehmen können. Noch unmittelbar wird das natürliche Rechtsgefühl bei den Freien verletzt, bei denen es jetzt wieder, wenn man einzelne unserer Kriegsteilnehmer als Verbrecher brandmarken will. Die Frage ob die hier verdeckten Prozesse für uns deswegen so makaburig, weil dort mit gewaltiger Gewalt gegen die Befreiungskämpfer vorgegangen ist, soll nicht mehr darüber gehen: „Was ist geschehen, wie kam es dazu und wer trug die Schuld daran?“, sondern hier wurden der sonst unbekümmerten Göttin erst die Parteien vor Augen geführt, von denen die eine breitspurig mit dem Anspruch austritt: „Ich bin der Sieger, ich habe recht. Die Schuld muß auf dem anderen liegen bleiben, denn der Erfolg hat ihm unrecht gegeben.“

So ist es mit uns in der Frage nach der Schuld am Kriege getrieben worden, und so treibt man es jetzt wieder, wenn man einzelne unserer Kriegsteilnehmer als Verbrecher brandmarken will. Die Frage ob die hier verdeckten Prozesse für uns deswegen so makaburig, weil dort mit gewaltiger Gewalt gegen die Befreiungskämpfer vorgegangen ist, soll nicht mehr darüber gehen: „Was ist geschehen, wie kam es dazu und wer trug die Schuld daran?“, sondern hier wurden der sonst unbekümmerten Göttin erst die Parteien vor Augen geführt, von denen die eine breitspurig mit dem Anspruch austritt: „Ich bin der Sieger, ich habe recht. Die Schuld muß auf dem anderen liegen bleiben, denn der Erfolg hat ihm unrecht gegeben.“

So ist es mit uns in der Frage nach der Schuld am Kriege getrieben worden, und so treibt man es jetzt wieder, wenn man einzelne unserer Kriegsteilnehmer als Verbrecher brandmarken will. Die Frage ob die hier verdeckten Prozesse für uns deswegen so makaburig, weil dort mit gewaltiger Gewalt gegen die Befreiungskämpfer vorgegangen ist, soll nicht mehr darüber gehen: „Was ist geschehen, wie kam es dazu und wer trug die Schuld daran?“, sondern hier wurden der sonst unbekümmerten Göttin erst die Parteien vor Augen geführt, von denen die eine breitspurig mit dem Anspruch austritt: „Ich bin der Sieger, ich habe recht. Die Schuld muß auf dem anderen liegen bleiben, denn der Erfolg hat ihm unrecht gegeben.“

französische Justizkommission, die den Leipziger Verhandlungen bewohnte und die an dem einwandfreien Verfahren des Reichsgerichts von sich aus nichts auszusehen hatte, nunmehr, nachdem sie auf Beschluß der französischen Regierung Leipzig verlassen hat, einen eigenen Bericht ausarbeitete, worin sie erklärt, daß sie im Gegensatz zum Urteil des Reichsgerichts den deutschen General Steiner für schuldig erachten müsse. Wer kann sich da des Einbruchs erwehren, daß ein solcher Bericht nicht aus wirklichen Rechtsgefügen entstanden, sondern von einem entsprechenden Winkel der Herren um Ortland veranlaßt worden ist? Was nützen uns alle Vertrauensbündnisse, die der jetzige deutsche Regierung von Frankreich ausgezogen werden, wenn unser Recht, und (was schlimmer ist) jeder allgemein menschliche Begriff von Gerechtigkeit, auf der anderen Seite offensichtlich mit Füßen getreten werden? Lässt man sich in Frankreich wirklich darüber, daß eine solche Politik auf die Dauer zu allem anderen als zu einer ehrlichen Verhandlung und Aussöhnung, zu der wir ständig bereit sind, führen muß? Schon findet das französische Verhalten in den Reihen der eigenen Verbündeten Frankreichs und bei den Neutralen Widerspruch, und wenn Frankreich glaubt, daß es Kraft der Macht, die sich in seinen Händen befindet, über das Recht hinwegstreiten kann, so werden im weiteren Verlauf der politischen Entwicklung und der weigereichlichen Gestaltung des künftigen Schicksals der Völker andere Mächte — nicht nur Deutschland — aufstehen, die der Gerechtigkeit wieder den hohen Platz anweisen, der ihr, sofern nicht jeder Glaube an Kultur und Menschlichkeit verloren geben soll, über den Nationen gehabt. Frankreich mag sich nicht täuschen, zuletzt wird auch hier die Weltgeschichte das Weltgericht sein.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Reine deutschen Offiziere bei Kemal.

Nach einer Meldung aus Athen sollen in der kemalistischen Armee deutsche Offiziere anwesend sein und soll von türkischen Kreisen in Deutschland eine Werbeaktivität unter deutschen Offizieren veranstaltet werden. Auf Grund amtlicher Ermittlungen kann festgestellt werden, daß alle diese Nachrichten jeder Grundlage entbehren.

Frauen nicht als Schöffen und Geschworene.

Den Gesetzentwurf über die Heranziehung der Frauen zum Schöffen- und Geschworenennamt, der bestimmt, daß die Schöffen- und Geschworenengerichte ohne Rücksicht auf das Geschlecht gebildet werden können, haben die Ausschüsse des Reichsrates abgelehnt. In der letzten Sitzung wandte sich namens der bayerischen Regierung der Gesandte von Preyer auf entschieden gegen den Entwurf. Nachdem Staatssekretär Jochl erklärt hatte, daß die Reichsregierung nach wie vor erheblichen Wert auf die Vorlage lege, wurde in der Abstimmung im Plenum der Gesetzentwurf mit 31 gegen 31 Stimmen, also mit Stimmengleichheit abgelehnt. Der Reichsrat vertrat sich darauf bis Mitte August.

Ausweisungen aus dem Saargebiet.

Auf Antrag der französischen Besatzungsbehörde hat die Saarregierung zwei Eisenbahndienstbeamte aus dem Saargebiet ausgewiesen. Der Grund der Ausweisung soll unfreundliches Verhalten gegen einen französischen Offizier sein. Die Unfreundlichkeit wurde darin gefunden, daß die Dienstbeamten eine Forderung des Offiziers ablehnten, weil sie technisch unausführbar war.

Sanktionswirkungen in der Pfalz.

Nach amtlicher Mitteilung haben die Sanktionen auf das Wirtschaftsleben der Pfalz sehr ungünstig eingewirkt, daß die Pfalz in bezug auf den Beschäftigungsstand von allen bayerischen Regierungsbüros die ungünstigsten Verhältnisse aufweist.

Die deutsch-französischen Verhandlungen.

Die deutschen Unterhändler sind nach Berlin zurückgekehrt und werden in den nächsten Tagen ihre Berichte erläutern. Die amtliche Veröffentlichung über den vorläufigen Abschluß der Verhandlungen ist höchst bestrebt, darüber Jurisdiktion zu wählen und damit vor ausschweifenden Hoffnungen in bezug auf das erzielte Resultat zu warnen. Die offizielle Notiz sagt: Wenn auch nicht in allen Punkten hat eine völlige Einigung erzielt werden können, so haben die Verhandlungen doch zu einer wesentlichen Klärung der Hauptfragen geführt, so daß zu hoffen steht, daß man schließlich zu einer Einigung gelangen wird. Außer den beiden Hauptfragen sind bei den Verhandlungen einige Nebenfragen geregelt worden. Es handelt sich dabei um technische und Preisfragen auf dem Gebiete der Kobolzellerlieferung, ferner um Ablösung der Restitutionsverpflichtungen, sowie der Blechlieferungen.

Deutsch-Ostreich.

× Festhaltung des Anschlussgedankens. In einer Versammlung der Großdeutschen Volkspartei trat der Obmann Randa dem Gericht entgegen, wonach die Partei anlässlich ihres Eintrittes in die Regierung ihrem Hauptgrundsatz, dem Anschlußgedanken in jeder Form und